

Längerer Disput über Ärzteförderung

VG-Rat SPD hat Bedenken, stimmt am Ende aber doch zu – Argumentation ärgert Lüttger und CDU

Von unserem Redakteur
Stephan Brust

■ **Rüdesheim.** Eine Förderprämie in Höhe von 10 000 Euro erhält jeder Hausarzt, der neu in die VG Rüdesheim kommt und seine Praxis mindestens fünf Jahre lang führt. Das entschied der Verbandsgemeinderat in seiner Sitzung am Mittwoch (wir berichteten gestern).

Der Beschluss zur entsprechenden Richtlinie fiel einstimmig aus, doch die SPD äußerte zunächst Bedenken. „Auch wenn wir uns über jeden Arztsitz freuen: Wir handeln

mit Steuergeldern“, erklärte SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Stein. Deshalb dürften die Gelder nur nach fairen Kriterien verwandt werden. Hier würde jedoch eine Berufsgruppe bevorteilt. „Wir sind gespannt, wie sich die Verbandsgemeinde verhält, sollten andere Berufsgruppen einen ähnlichen Anspruch auf Subventionierung erheben“, sagte Stein. Zudem sei die Sicherstellung einer flächendeckenden ärztlichen Versorgung nicht originäre Aufgabe einer Kommune, sondern der kassenärztlichen Vereinigungen. Die

Fraktion vertraue Bürgermeister Markus Lüttger, dass die Ärzteförderung und die Richtlinie rechtlich zulässig seien. In der Beschlussvorlage hatte Lüttger bereits betont: „Es handelt sich nicht um eine anmeldepflichtige Subvention nach EU-Recht durch eine Kommune, da der Schwellenwert von 200 000 Euro nicht erreicht wird.“

Lüttger: Es geht um ein Signal

Zu Steins Ausführungen sagte Lüttger: „Wenn man dafür stimmt, dann bitte aus Überzeugung. Ich lasse mich jedenfalls nicht als Sün-

denbock hinstellen. Gern kann sich die Kommunalaufsicht noch mal dazu äußern.“ Er könne sich aber nicht vorstellen, dass etwas dagegenspricht, da schon andere Kommunen – zum Beispiel die Stadt Wolfsburg – dieses Fördermodell erfolgreich praktizieren.

Im Übrigen ginge es nicht darum, jemanden zu bevor- oder andere zu benachteiligen. „Wir waren uns alle schon im Hauptausschuss einig, dass wir gemeinsam ein Signal gegen den Ärztemangel setzen wollen“, konnte Lüttger die Argumentation der SPD nicht nachvollziehen. Der VG-Chef war sichtlich verärgert und betonte: „Es geht rein um die Sache, und das ist eine gute Sache.“ Zumal er überzeugt ist: „Allein mit 10 000 Euro werden wir keine Mediziner locken. Oder glaubt jemand, dass wir 100 000 Euro im Jahr dafür ausgeben müssen? Das wäre schön, dann wären wir ja das medizinische Zentrum von Rheinland-Pfalz.“

Der Bedarf an Ärzten ist da. Ende des Jahres schließe beispielsweise Dr. Monika Reiner ihre Praxis in Hargesheim, berichtete Lüttger. Gleichzeitig gebe es wegen des Fördermodells eine Anfrage einer Fachärztin aus Wöllstein, die Interesse am Aufbau einer neuen Praxis in Hargesheim bekundet habe. Für



Bürgermeister Markus Lüttger (rechts), Ordnungsamtsleiter Willi Metzler (2. von rechts) und Beigeordneter Michael Schaller (2. von links) freuen sich über den neuen Kontaktbeamten der Polizei, Wolfgang Arnhold. Zur Vorstellung kam er mit Corinna Koch, Chefin der Kreuznacher Polizeiinspektion. Foto: Brust

Thomas Haßlinger (CDU) geht es „schlichtweg um kommunalen Wettbewerb, und der ist mehr als legitim“. Lüttger erhielt nicht nur Rückendeckung von der CDU, auch von der FWG und von Stefan Boxler (Grüne). Nach längerer Diskussion stimmte auch die SPD geschlossen dafür. „Uns liegt die Gesundheit der Bürger natürlich am Herzen“, meinte Stein, „aber wir wurden auch gefragt, warum ausgerechnet Ärzte mit Steuergeldern gefördert werden.“ Einen ersten Zuschuss über 10 000 Euro erhält die Gemeinde Roxheim – für die Ansiedlung von Dr. Najiba Behmanesh, die die Praxis von Dr. Friedhelm Kottsieper übernommen hatte.

Arnhold neuer Kontaktbeamter

Während der Bürgermeisterdienstbesprechung im Vorfeld des VG-Rats stellte sich der neue Kontaktbeamte der Polizei für die VG vor:

Wolfgang Arnhold kümmert sich um alle VG-Gemeinden bis auf Spabrücken und Hergenfeld. Auch der Stadtteil Winzenheim gehört zu seinem Bezirk. „Er ist Ansprechpartner bei kleineren und mittleren Delikten“, erläuterte Corinna Koch, Chefin der Kreuznacher Polizeiinspektion. Seinen Sitz hat Arnhold in der Polizeidirektion in Rüdesheim. „Ich versuche aber oft rauszukommen, auch über Fußstreife präsent zu sein“, sagte der 55-Jährige, der zuletzt 16 Jahre lang für Jugendstrafsachen verantwortlich war und schon fast 40 Jahre Polizist ist.

Jürgen Frank, Ortsbürgermeister aus Gutenberg, nutzte die Gelegenheit, um direkt von einem Fall zu berichten: Im Ort seien an Autos Radmuttern gelockert worden. „Etwas Größeres dazu ist uns nicht bekannt“, antwortete Arnhold, „aber die Tat an sich ist leider schon länger ein überregionales Phänomen.“

Kommunalreform: Für VG-Chef ist es sinnvoll, schon jetzt Personal aus BME aufzunehmen

Am Ende der Ratssitzung informierte VG-Bürgermeister Markus Lüttger auch über die neuesten Entwicklungen hinsichtlich der Kommunalreform. Wie berichtet, hat das Land klar signalisiert, dass die neun Restgemeinden der VG Bad Münster-Ebernburg bis 2017 aufgeteilt werden. Die VG Rüdesheim ist bereit, bis zu fünf aufzunehmen: Traisen, Niederhausen, Norheim, Oberhausen und Duchroth, wobei die zwei letztgenannten auch in die VG Bad Sobernheim oder in eine noch zu gründende VG Nordpfalz

(Zusammenschluss aus VG Meisenheim und VG Alsenz-Obermoschel) wechseln könnten. Für Lüttger ist primär eines wichtig: schnelle Zusammenarbeit mit der VG-Verwaltung in BME. Denn: „Wir brauchen dringend personelle Verstärkungen. Die Einstellung von Fachkräften könnte aber finanziell zum Bumerang werden, wenn wir später anteilig Personal übernehmen müssen.“ Deshalb sei es sinnvoll, jetzt schon Personal aus BME aufzunehmen. Das sehe auch das Ministerium so. „Die Verwaltungsführung aus

BME hat das aber bisher abgelehnt, weil sie dann angeblich nicht mehr handlungsfähig sei“, sagt Lüttger. Dabei glaubt er, dass sich einige Mitarbeiter aus BME ohnehin schon bald eine neue Stelle suchen werden. „Wir werden Gespräche führen, um eine tragfähige Lösung für alle zu finden“, fasst er zusammen. Die eigenen 27 Gemeinden würden auch noch gehört. Das könnte aber erst geschehen, wenn der Gesetzesentwurf des Landes verabschiedet sei. „Der Entwurf soll in drei Monaten vorliegen“, so Lüttger. sbr